

**Kommentar Wirtschaftspolitik**  
2015/30 | 21. Oktober 2015

## Regionale Integration

Die aktuelle Ausgabe der Wirtschaftspolitischen Blätter ist dem Thema „Regionale Integration“ gewidmet. Regionale Kooperationen haben im Zuge der Internationalisierung des Wirtschaftens erheblich an Bedeutung gewonnen, wobei eine Vielfalt unterschiedlicher Formen von Regionalismus existiert, wie z.B. Zollunionen und Freihandelszonen, Wirtschaftsgemeinschaften und Währungsunionen. Dabei gilt die Europäische Union weltweit als das am weitesten fortgeschrittene und erfolgreichste Modell regionaler Wirtschaftsintegration.

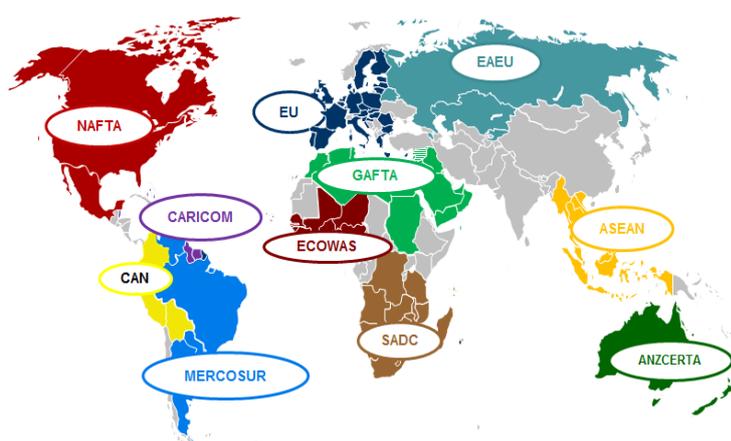
Regionale Integrationsräume stellen wichtige Akteure in der Weltwirtschaft dar. Gemeinsam sind solchen Kooperationen, dass Nachbarländer und -regionen in besonderer Weise Handels- oder Investitionshemmnisse abbauen und insgesamt den zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr fördern. Neben wirtschaftlichen Zielen einigen sich Staaten auf gemeinsame Mechanismen, Regeln und Normen, um politische Stabilität, Frieden, Sicherheit und Freiheit zu garantieren. Grundsätzlich setzt „Regionalismus“ nicht unbedingt eine geografische Nachbarschaft voraus, wie es beispielsweise bei Freihandelszonen der Fall ist. Zoll- und Wirtschaftsunionen hingegen sind durch räumliche Kohäsion gekennzeichnet. Dabei wird eine Zollunion als Zusammenschluss von zwei oder mehreren Staaten zu einem einheitlichen Zollgebiet mit gemeinsamer Zollverwaltung definiert. Werden über die Liberalisierung des Warenaustausches hinaus noch weitere Wirtschaftsbereiche integriert und etwa die Freiheit des Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs verwirklicht sowie eine gemeinsame Wirtschaftspolitik betrieben, so liegt eine Wirtschaftsunion vor.

**Medieninhaber/Herausgeber:**  
Wirtschaftskammer Österreich  
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik  
Leitung: Dr. Christoph Schneider  
Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien  
[wko.at/wp](http://wko.at/wp)  
[wp@wko.at](mailto:wp@wko.at)

**Autoren:**  
Mag. Karin Steigenberger, BA  
+43 (0)5 90 900-4262  
[Karin.Steigenberger@wko.at](mailto:Karin.Steigenberger@wko.at)

Mag. David Pluskota, MA  
+43 (0)5 90 900-4229  
[David.Pluskota@wko.at](mailto:David.Pluskota@wko.at)

### Regionale Integrationsräume



- EU: Europäische Union
- NAFTA: Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
- MERCOSUR: Gemeinsamer Markt des Südens
- CAN: Andengemeinschaft
- ANZCERTA: Australien-Neuseeland Abkommen
- CARICOM: Karibische Gemeinschaft
- EAEU: Eurasische Wirtschaftsunion
- ASEAN: Verband Südostasiatischer Nationen
- GAFTA: Großarabische Freihandelszone
- SADC: Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft
- ECOWAS: Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft

Quelle: eigene Darstellung

Beispiele regionaler Integrationsräume sind neben der EU die NAFTA, ASEAN und MERCOSUR, wobei die Integrationserfolge dieser Regionen sehr unterschiedlich sind: Während die Integrationserfolge von MERCOSUR und ASEAN eher gering sind, gilt die Europäische Union weltweit als das am weitesten fortgeschrittene und erfolgreichste Modell regionaler Wirtschaftsintegration. Ein Grund für die unterschiedlichen Integrationserfolge liegt u.a. darin, dass die EU supranationale Institutionen geschaffen hat und die Mitgliedstaaten einen Teil ihrer Souveränität an die gemeinsamen Institutionen abgegeben haben.

Der wichtigste Schritt der österreichischen Integration in Europa war der EU-Beitritt am 1. Jänner 1995. Dabei hat Österreich von 20 Jahren EU-Mitgliedschaft enorm profitiert. Aufgrund des EU-Beitritts lukrierte Österreich einen „EU-Bonus“ von rund 0,5 bis 1 Prozent mehr Wirtschaftswachstum pro Jahr, wobei nicht nur große Unternehmen, sondern vor allem auch Klein- und Mittelbetriebe von der europäischen Integration Nutzen ziehen konnten.

Als Mitglieder im Euro-Raum profitieren die österreichischen BürgerInnen und UnternehmerInnen aber auch von den Vorteilen der gemeinsamen Währung, die vor allem in grenzüberschreitenden Transaktionen unmittelbar erlebt werden können. So wurden Währungsspekulationen leichter abgefangen, Wechselkursrisiken entfielen und Kostensenkungen im Zahlungsverkehr waren die Folge.

Das Fundament der europäischen Integration stellt der gemeinsame Binnenmarkt dar. Im EU-Binnenmarkt können sich über 500 Millionen Europäer über nationale Grenzen hinweg frei bewegen und ihre Berufe und Geschäftstätigkeiten ausüben. Der Binnenmarkt eröffnet nicht nur weitere Arbeitsmöglichkeiten und erhöht die Angebotsvielfalt, sondern sorgt durch einen intensivierten Wettbewerb auch für eine höhere Produkteffizienz und günstigere Preise. Über 20 Jahre Erfahrung haben gezeigt, dass ein großer freier Markt mit einem funktionierenden Ordnungsrahmen in den EU-Mitgliedstaaten insgesamt zu mehr Wettbewerb, Innovation, Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand geführt hat. Gegenwärtig finden 70 % des gesamten österreichischen Außenhandels mit den 27 anderen EU-Mitgliedstaaten statt, wobei die EU-Osterweiterung durch den Beitritt von acht mittel- und osteuropäischen Ländern zur EU im Jahr 2004 einen zusätzlichen Wachstumsimpuls brachte.

Die EU-Osterweiterung begann am 1. Mai 2004 und wurde 2007 und 2013 fortgesetzt. Seit ihrem Beitritt haben die osteuropäischen EU-Länder teilweise einen recht erfolgreichen ökonomischen Konvergenzprozess gegenüber Westeuropa bzw. den EU-15-Ländern erreichen können.

Konvergenz im EU-Raum ist das traditionell herausragende Ziel der EU-Kohäsionspolitik. Denn das wirtschaftliche Auseinanderdriften der Länder und Regionen Europas wird als größte Bedrohung auch für das Scheitern der politischen Union angesehen. Doch trotz aller Bemühungen zur Konvergenz divergierte die reale Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Staaten zunehmend. Der Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise hat fundamentale Divergenzen im Euroraum hinsichtlich der makroökonomischen Entwicklung und der öffentlichen Finanzen offengelegt. Zwar wurden im Vorfeld der Währungsunion die Gefahren durchaus gesehen; um sie in Schach zu halten, wurden finanzpolitische Disziplinierungsregeln vertraglich vereinbart, wie z.B. im Stabilitäts- und Wachstumspakt und im Verbot der direkten Staatsfinanzierung durch die EZB sowie dem Verbot der Überwälzung von Staatsschulden auf andere Mitglieder. Doch dieses fiskal- und geldpolitische Regelwerk erwies sich als unzureichend und die Regeln wurden von Anfang an und kontinuierlich gebrochen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat deutlich vor Augen geführt, dass in einer Währungsunion verbindliche Regeln für eine tragfähige Finanzpolitik der Mitgliedstaaten besonders wichtig sind.

Seit Krisenausbruch wurden bereits viele Reformschritte in die Wege geleitet. Ob die neuen Regeln ausreichen, um ähnliche Fehlentwicklungen in Zukunft zu verhindern, wird sich erst in der konkreten Umsetzung zeigen. Klar ist, dass Europa seine vielfältigen Herausforderungen erfolgreich bewältigen muss, will es auch in Zukunft eine bedeutende Rolle in der Welt spielen.

Weitere Informationen zu den Wirtschaftspolitischen Blättern finden Sie unter:  
[https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/Standort-und-Innovation/Wirtschaftspolitische\\_Blaetter.html](https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/Standort-und-Innovation/Wirtschaftspolitische_Blaetter.html)

Wirtschaftskammer Österreich  
Vertretungsbefugtes Organ:  
Präsident Dr. Christoph Leitl  
Tätigkeitsbereich: Information,  
Beratung und Unterstützung der  
Mitglieder als gesetzliche  
Interessenvertretung.  
Blattlinie: Die Kommentare  
Wirtschaftspolitik informieren  
regelmäßig über aktuelle  
wirtschaftspolitische  
Themenstellungen.  
Chefredaktion:  
Dr. Christoph Schneider  
Druck: Eigenvervielfältigung  
Erscheinungsort Wien  
Offenlegung: [wko.at/offenlegung](http://wko.at/offenlegung)